



Pressemitteilung Nr. 16-431
vom 25.11.09

Anschrift Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Telefon 0511/3030-4011/13
Fax 0511/3030-4808
E-Mail SPDPresse@LT.Niedersachsen.de
Internet www.SPD-Landtag-Nds.de

Lies: Bode bleibt Antworten zur Vertragssituation mit Eurogate schuldig

Die Landesregierung hat nach Ansicht der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag in der Plenardebatte am (heutigen) Mittwoch die Irritationen rund um den Baufortschritt des Jade-Weser-Ports in Wilhelmshaven nicht befriedigend ausräumen können. „Wirtschaftsminister Bode hat trotz konkreter und notwendiger Fragen zum Vertrag mit dem Bremer Hafenbetreiber Eurogate nur ansatzweise zufriedenstellende Antworten gegeben“, kritisierte Olaf Lies, hafenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, am Mittwoch in Hannover. Dabei sei es jetzt besonders wichtig sicherzustellen, dass der Jade-Weser-Port wie geplant im Oktober 2011 einsatzbereit sei. „Das gelingt nur, wenn man die Bedingungen kennt und nicht wie der Minister lediglich Hoffnungen hegt“, sagte Lies.

Es geht vor allem um die Frage, inwieweit die geschlossenen Verträge mit Eurogate die Verzögerung von Bau und Inbetriebnahme des Tiefwasserhafens ermöglichen. „Die Antworten des Ministers waren nicht geeignet, das Vertrauen in die Landesregierung zu stärken. Wir brauchen den Jade-Weser-Port 2011 und parallel auch die Planungen der nächsten Ausbaustufe“, so der SPD-Hafenexperte. Diese Ziele seien aber nur sicher zu erreichen, wenn man die Rahmenbedingungen kenne. „Transparenz ist notwendig, damit die Verunsicherung endlich ein Ende hat“, stellte Lies fest.

Kritik äußerte der SPD-Abgeordnete aus Sande (Kreis Friesland) auch an dem Entschließungsantrag von CDU und FDP zur Stärkung der Maritimen Wirtschaft. „Die Stärkung der Maritimen Wirtschaft ist unser gemeinsames Ziel, aber der Antrag der Koalitionsfraktionen geht angesichts der aktuellen Situation ins Leere.“ Anstatt konkrete Lösungs- und Unterstützungskonzepte zu definieren, bleibe es bei Allgemeinplätzen. „Das reicht angesichts der Krise aber nicht aus“, so Lies. Gerade die Probleme bei Werften und Reedern sowie in den Häfen seien jetzt Verpflichtung für die Politik.